

## STANDPUNKT



Brigitte Schäfer, Präsidentin des Verbandes der Schwesternschaften vom DRK e.V.

„Die Schaffung neuer Stellen für Pflegekräfte kann nicht für sich alleine stehen.“

## Neues Pflegeförderprogramm: Nur auf den ersten Blick eine gute Lösung

VdS spricht sich für umfassendes Maßnahmenpaket zur Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufes aus

► Die CDU will sich gesundheitspolitisch in diesem Jahr „vor allem auf die Pflege konzentrieren“. So gibt es, laut Aussage des gesundheitspolitischen Sprechers der Union, Jens Spahn, unter anderem Überlegungen, mit einem neuen Pflegeförderprogramm 15000 neue Stellen für Pflegekräfte in Kliniken zu schaffen. Das ist eine sehr gute Nachricht – allerdings nur auf den ersten Blick.

Der zweite Blick verdeutlicht: Finanziert werden sollen die Stellen durch den Verzicht der Klinikärzte auf Tariflohnerhöhungen. Dagegen spricht sich der Verband der Schwesternschaften vom DRK e.V. (VdS) vehement aus. Eine Berufsgruppe im Gesundheitswesen durch eine andere zu finanzieren, ist zweifelsohne der falsche Weg. Hinzu kommt, dass diese Art der Finanzierung weder sicher noch langfristig ist.

Der zweite Blick verdeutlicht weiterhin, dass allein ein neues Pflegeförderprogramm das Problem des Nachwuchs- und Fachkräftemangels nicht lösen kann. Denn: Einerseits gibt es immer weniger junge Menschen und von denen entscheiden sich immer weniger für den Pflegeberuf; Schätzungen zufolge werden bis zum Jahr 2025 mehr als 100 000 Pflegefachkräfte in Deutschland fehlen. Andererseits zeigen verschiedene Untersuchungen, dass viele Pflegekräfte sehr häufig überlegen, aus dem Beruf auszusteigen, gerade auf dem Höhepunkt ihrer Leistungsfähigkeit und fachlichen Expertise. Die Schaffung neuer Stellen für Pflegekräfte kann daher nicht für sich alleine stehen, sondern muss Teil eines umfassenden Maßnahmenpaketes sein – mit dem obersten Ziel: Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufes.

Konkret bedeutet das in erster Linie – und diese Forderungen haben wir in der Vergangenheit wiederholt an die politischen Entscheidungsträger gerichtet und werden dies auch weiterhin tun –, dass die Rahmenbedingungen so verändert werden müssen, dass es professionell Pflegenden ermöglicht wird, ihren eigenen Ansprüchen an Fachlichkeit und ethischem Handeln gerecht zu werden. Außerdem sind eine umfassende Reform der Pflegebildung hin zu einer generalistischen Ausbildung, die die Kompetenzen aller drei Pflegeberufe vereint, sowie die Schaffung eines bundeseinheitlichen Berufegesetzes dringend erforderlich. Dabei muss das Berufegesetz sowohl die Pflegebildung im Sinne eines modular aufgebauten Berufslaufbahnkonzepts manifestieren, als auch die Vorbehaltsaufgaben für die professionelle Pflege definieren.

Aus unserer Sicht tragen diese Maßnahmen nicht nur zur Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufes hinsichtlich der Arbeitsinhalte und Arbeitsfelder sowie hinsichtlich eines eigenständigen Tätigkeitsbereiches und einer entsprechenden Karriereentwicklung bei, sondern sind auch die Voraussetzung für eine weiterhin qualitativ hochwertige und menschenwürdige Versorgung hilfebedürftiger Menschen.

„Eine umfassende Reform der Pflegebildung hin zu einer generalistischen Ausbildung sowie die Schaffung eines bundeseinheitlichen Berufegesetzes sind dringend erforderlich.“